



STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN



Vorbild NRW?

Klimaschutz und Transformation

Die Bonner Weltklimakonferenz im November 2017 hat zwar nicht den großen Wurf gebracht, dafür aber eine Reihe von Vereinbarungen, etwa zur weiteren Arbeit an einem Regelbuch für die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens von 2015 oder zu einem Arbeitsprogramm zu Landwirtschaft und Klimawandel. Notwendige kleine Schritte, die den globalen Klimaschutz vorantreiben können.

Ob das Tempo und die beschlossenen Maßnahmen allerdings ausreichen werden, ist fraglich. Schließlich war 2017 nach Angaben der UN-Wetterorganisation (WMO) eines der drei wärmsten Jahre seit Beginn der Aufzeichnungen vor fast 170 Jahren, und nach vorläufigen Untersuchungen des Global Carbon Project hat der weltweite CO₂-Ausstoß 2017 um etwa zwei Prozent zugelegt. Nach nahezu einhelliger Mei-

nung der Klimaforscher reichen die bisherigen Zusagen der Vertragsstaaten nicht aus, die Erderwärmung auf zwei oder gar 1,5 Grad gegenüber vorindustrieller Zeit zu begrenzen.

Deutschland: Ziele verfehlt

Deutschland wird sein selbst gestecktes Vorhaben verfehlen, die Treibhausgasemissionen

→ weiter auf Seite 3



Kommune und Klimaschutz

Gemeinde Saerbeck
Großstadt Bielefeld

→ Seite 5
→ Seite 6

Gesellschaft

Wachsende Ungleichheit
Junges Engagement

→ Seite 10
→ Seite 12

Organisationen

Wissenschaftsladen Bonn
Eine Welt Netz NRW: Weltgarten

→ Seite 14
→ Seite 18



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Klimaschutz ist zwei Jahre nach der Euphorie über den Abschluss des Pariser Klimaabkommens in einer kritischen Phase. Auf die Vereinbarung der Ziele muss die konsequente Umsetzung auf nationaler und regionaler Ebene folgen. Da stimmt es skeptisch, dass die Bundesregierung ihre bisherigen Ambitionen, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu verringern, aufgegeben hat. Können wir die Klimaziele überhaupt noch erreichen, fragen sich angesichts dieser Entwicklung auch viele engagierte Bürgerinnen und Bürger.

Ermutigend ist in dieser Situation, dass mehr und mehr Akteure aus der Wirtschaft sich für Klimaschutzpolitik einsetzen. So rechnet der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in seiner Studie „Klimapfade für Deutschland“ vor, wie Klimaschutz gelingen kann. Zwar hält er das Ziel der Bundesregierung, bis zur Mitte dieses Jahrhunderts den CO₂-Ausstoß um 95 Prozent zu reduzieren, für unrealistisch. Eine Treibhausgas-Reduktion um 80 Prozent ist jedoch auch nach Einschätzung des Industrieverbandes technisch möglich und volkswirtschaftlich verkraftbar. Außerdem erkennt der BDI an, dass erfolgreicher Klimaschutz ein Innovations- und Modernisierungstreiber sein kann und langfristig Vorteile für den Industriestandort Deutschland bringen wird.

Ermutigend sind auch die Beispiele der Klimakommune Saerbeck und der Stadt Bielefeld, die wir in dieser Ausgabe vorstellen. Sie zeigen, dass und wie ambitionierter Klimaschutz auf kommunaler Ebene gelingen kann. Ein Erfolgsfaktor ist dabei, alle relevanten Akteure in einen ernsthaften Dialog über Ziele und Wege einzubinden. Dialog ist auch das Prinzip des KlimaDiskurs.NRW, den unsere Stiftung seit seiner Gründung im Jahr 2013 fördert. Der Verein ist aus der Bürgergesellschaft erwachsen und es ist ihm gelungen, mit mittlerweile rund 70 institutionellen Mitgliedern aus Kommunen, Unternehmen, Wissenschaft und Verbänden eine tragfähige überparteiliche Plattform zu schaffen, in der auch strittige Fra-

gen und Interessengegensätze offen und konstruktiv diskutiert werden können. Es freut uns, dass auch die Landesregierung den Wert und Beitrag dieser Initiative schätzt.

So hat Wirtschafts- und Energieminister Pinkwart bereits mehrfach an öffentlichen Dialogveranstaltungen teilgenommen und Bauministerin Ina Scharrenbach will die Gebäudeallianz des KlimaDiskurses nutzen, um mit den beteiligten Disziplinen und Institutionen einen intensiven Dialog über den baulichen Klimaschutz zu führen.

Wenn inzwischen der Klimaschutz bei Politik, Wirtschaft und Kommunen eine wichtige Rolle spielt, ist das nicht zuletzt dem Engagement von Bürgerinnen und Bürgern zu verdanken. Durch ihr individuelles Verhalten, etwa den Wechsel zu Ökostrom, durch die Einflussnahme auf politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger oder durch die Entwicklung von Alternativen, zum Beispiel im Bereich städtische Mobilität, leisten sie einen essentiellen Beitrag zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Wir freuen uns, dass wir als Stiftung dieses Engagement unterstützen können.

Ihre Christiane Overkamp
Geschäftsführerin der Stiftung



Foto: Herby Sachs

→ Fortsetzung von Seite 1

bis 2020 um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken. Doch auch die von der EU vorgegebene Emissionsreduktion im sogenannten Non-ETS-Sektor wird Deutschland nicht erreichen – also im Bereich außerhalb des Handels mit Emissionsrechten, der vor allem Verkehr, Gebäudeenergie und Landwirtschaft betrifft.

Als Hauptverursacher der Probleme gilt der Verkehr, dessen Beitrag zu den nationalen Treibhausgasemissionen in den letzten Jahren wieder angestiegen ist. Daran entzündet sich auch ein Großteil der Kritik am klimapolitischen Teil des Koalitionsvertrags, der nach Meinung von Umweltverbänden beim Verkehr unverändert am Status Quo festhalte. Kritik kommt auch aus Teilen der Wirtschaft, etwa aus der „Stiftung 2° – Deutsche Unternehmer für Klimaschutz“, in der Unternehmen wie die Telekom, Schüco oder die Deutsche Bahn vertreten sind. Bereits im Dezember 2017 hatte eine breite Allianz aus 54 global agierenden Unternehmen aus allen Kontinenten und Branchen einen ambitionierteren und beschleunigten Klimaschutz als Basis für zukünftigen ökonomischen Erfolg gefordert.

NRW: Klimaschutz und Wirtschaftswachstum

Auch nach dem Regierungswechsel im Sommer 2017 bekennt sich Nordrhein-Westfalen zu den Zielen des 2013 verabschiedeten Landesklimaschutzgesetzes, den Ausstoß an Treibhausgasen bis 2020 um mindestens 25 Prozent und bis 2050 um mindestens 80 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Dabei sieht sich das Land auf einem guten Weg: Bis 2016 betrug die Emissionsminderungen rund 22 Prozent, bis zu vier Prozentpunkte sollen bis 2019 durch die geplante Überführung von fünf Kraftwerksblöcken in die Sicherheitsreserve hinzukommen.

Allerdings hinkt NRW nach aktuellen Angaben des Landesverbands Erneuerbare Energien (LEE) anderen Bundesländern beim Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch hinterher. Mit 12,5 Prozent landete NRW 2017 auf dem drittletzten Platz, bundesweit haben die Erneuerbaren einen Anteil von 36 Prozent. Einen Grund für den Rückstand sieht



Engagierte Diskussion beim Klima.Forum 2018 in Düsseldorf

der LEE-Vorsitzende Reiner Priggen in der vergleichsweise starken Industrialisierung, daher brauche NRW mehr Strom als andere Länder.

Für die Koalition aus CDU und FDP ist es wichtig, Klimaschutz und Wirtschaftswachstum miteinander zu vereinen. Sie will die NRW-Wirtschaft dabei unterstützen, vom weltweit steigenden Bedarf zu profitieren. Schon heute sei das Land bundesweit der größte Anbieter von Produkten aus der Umwelt- und Klimawirtschaft mit rund 320.000 Erwerbstätigen und 70 Milliarden Euro Umsatz pro Jahr. Grundsätzlich seien aber alle gesellschaftlichen Gruppen gefragt, ihren Klimaschutzbeitrag zu leisten.

Klimaschutz als Gemeinschaftsaufgabe

Um Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft miteinander ins Gespräch zu bringen und gemeinsames Handeln für effektiven Klimaschutz zu befördern, wurde 2013 der KlimaDiskurs NRW ins Leben gerufen, der gemeinsam von unserer Stiftung und der Stiftung Mercator gefördert wird und heute knapp 70 institutionelle Mitglieder zählt. Der Austausch findet im Rahmen verschiedener Veranstaltungsformate statt. Die größte Veranstaltung ist das jährliche Klima.Forum.

Das Klima.Forum 2018 fand am 26. Februar in der Turbinenhalle der Stadtwerke Düsseldorf statt. Unter dem Motto „Vom Strukturwandel zur Transformation“ ging es um die Frage, ob NRW ein Vorbild für den internationalen Klimaschutz sein könne. In ihrer Begrüßung zitierte Ulrike Schell, Verbraucherzentrale NRW und Vorstandsmitglied des KlimaDiskurs, kritische Stimmen, die NRW noch weit entfernt von einer Vorreiterrolle beim Klimaschutz sehen – und gab damit das Feld frei für eine spannende Diskussion, bei der unterschiedliche Auffassungen über die „richtige“ Klimaschutzpolitik deutlich wurden.

Dr. Udo Brockmeier, Vorstandsvorsitzender der Stadtwerke Düsseldorf, sieht die Energiewende in Deutschland an einem kritischen Punkt: „Zu wenig Markt, zu viel Regulierung, deshalb zu teuer.“ Statt zentralistischer Vorgaben empfahl er einen Klimaschutz von der Basis her, wo die Kompetenz für praktisch wirksame und effiziente Lösungen vorhanden



NRW-Minister Pinkwart:

„Wir stehen zum Klimaabkommen von Paris.“



Foto: KlimaDiskurs.NRW

Dirk Messner plädierte für einen schnellen Kohleausstieg.

sei. Diese müssten dann noch sinnvoll miteinander vernetzt werden. Den Wunsch nach Vernetzung teilte der Düsseldorfer Oberbürgermeister Thomas Geisel, der den Klimawandel als die größte Herausforderung für unsere Gesellschaft begreift. Einzelmaßnahmen, etwa Fahrverbote für bestimmte PKW, seien keine Lösung. Notwendig für einen klimafreundlichen und schadstoffarmen Verkehr seien vielmehr ganzheitliche kommunale Konzepte.

Strukturwandel sozial abfedern

Für Professor Dirk Messner, Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) und Co-Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WGBU), gehört der Strukturwandel zur Identität von NRW. Er bezeichnete das Bundesland auch beim Klimaschutz als ein

potentielles Laboratorium, „eine der weltweit spannendsten Wandelregionen“. Die Transformation, etwa von der Kohle zu den erneuerbaren Energien, müsse allerdings sozial abgefedert werden, auch um politische Verwerfungen zu vermeiden.

Zum entschlossenen Handeln beim Klimaschutz gibt es für Messner keine Alternative: „Wir befinden uns auf dem Weg in einen Erdsystemwandel.“ Ein signifikanter Kipp-Punkt dafür sei zum Beispiel das Schmelzen des arktischen Meereises. Messners Schlussfolgerung: „Wollen wir nicht am 2-Grad-Ziel scheitern, brauchen wir eine Vollbremsung und müssen die Weltwirtschaft bis Mitte dieses Jahrhunderts nahezu vollständig dekarbonisieren.“

Professor Andreas Pinkwart (FDP), Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie NRW, gab für die Landesregierung ein klares Statement ab: „Wir stehen zum Klimaabkommen von Paris.“ Für ihn sei es wichtig, die Industrie auf diesem Weg mitzunehmen, etwa durch die Förderung von Innovationen beim Ausbau der Elektromobilität. Pinkwart warnte vor der Abwanderung energieintensiver Branchen und erteilte Forderungen nach einem raschen Kohleausstieg eine Absage: „Auch die Menschen in der Kohleindustrie brauchen Planungssicherheit.“

Fairness und Gerechtigkeit

In der abschließenden Diskussion wurden die unterschiedlichen Positionen noch einmal deutlich. Dr. Klaus Schäfer von der Covestro AG, einem global agierenden Werkstoffunternehmen mit Hauptsitz in NRW, plädierte für einen welt-

weit einheitlichen CO₂-Preis (und erntete dafür große Zustimmung): „Bei fairen Bedingungen müssen wir uns angesichts der Innovationskraft deutscher Unternehmen keine Sorgen machen.“

Klaus Breyer, Leiter des Instituts für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen, forderte globale Gerechtigkeit: „Die Schwächsten leiden am meisten unter dem Klimawandel.“ Angesichts des absehbaren Endes für die Kohle zeigte Breyer kein Verständnis für die aktuellen Umsiedlungen in rheinischen Tagebaurevieren – eine Haltung, die Minister Pinkwart mit dem Verweis auf Beschlüsse der rot-grünen Vorgängerregierung konterte. Dem widersprach Dirk Messner: Ein rascher Kohleausstieg würde den CO₂-Ausstoß schnell deutlich verringern und sei ein starkes Symbol für die Entschlossenheit Deutschlands beim Klimaschutz.

Dr. Dörte Fouquet, Expertin für europäisches Umwelt- und Energierecht, betonte: „Aus EU-Sicht soll und muss NRW beim Kohleausstieg eine Vorbildfunktion wahrnehmen.“ Die deutsche Klimapolitik der letzten beiden Jahre sei kein Ruhmesblatt, die aktuellen Klimaziele bestenfalls „business as usual“ und leicht zu erreichen. „Hoffentlich benötigen wir kein klimapolitisches Fukushima zur Einsicht in den nötigen Strukturwandel“, erinnerte sie an den deutschen Atomausstieg.

Ein Ziel, unterschiedliche Wege

Zum Abschluss der Diskussion verwies Dirk Messner auf einige positive Entwicklungen: „Die Erneuerbaren sind wettbewerbsfähig, die Beschäftigungseffekte sind positiv und Kohlendioxid wird als chemischer Rohstoff zunehmend attraktiv.“ Alle für effektiven Klimaschutz notwendigen Elemente seien bekannt und vorhanden – jetzt gelte es, entsprechende Strategien zu entwickeln und umzusetzen.

Beim Ziel, den globalen Temperaturanstieg auf maximal 2 Grad Celsius zu begrenzen, sind sich die meisten einig, das wurde auch beim Klima.Forum deutlich. Und wenn diese Tatsache nicht aus den Augen verloren wird, kann ein Wettstreit der Ideen um die sinnvollsten Klimaschutz-Maßnahmen nur förderlich sein. Der KlimaDiskurs.NRW wird weiterhin seinen Beitrag dazu leisten.

→ Weitere Informationen unter www.klimadiskurs-nrw.de

Neue Förderprojekte zum Klimaschutz

In mehreren aktuellen Projekten zum Klimaschutz, die von unserer Stiftung gefördert werden, hat die Arbeit begonnen. Dazu gehört „Klimagerechtigkeit: Menschenrechte im Klimawandel stärken“ des FoodFirst Informations- und Aktionsnetzwerk Deutschlands FIAN (Fördersumme: 60.000 Euro). Im Zentrum dieses Projekts, das sich besonders an Jugendliche und junge Erwachsene richtet, steht die Entwicklung und Erprobung eines Planspiels, in dem Zielkonflikte zwischen Klimaschutzmaßnahmen und Menschenrechten am Beispiel von Landkonflikten in Honduras veranschaulicht werden.

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre will börsenorientierte Großunternehmen in NRW im Hinblick auf die Sustainable Development Goals untersuchen. Der Fokus liegt auf nachhaltiger Energieversorgung und Bekämpfung des Klimawandels. Zunächst wird der derzeitige Stand ermittelt, dann werden die Themen bei Aktionärs-Hauptversammlungen, etwa von RWE, E.ON oder Bayer, eingebracht (Fördersumme: 24.762 Euro).

→ Weitere Informationen unter www.fian.de, www.kritischeaktionaeere.de, sowie in unserer Projektdatenbank unter Z-5399 und Z-5411



Fotos: Gemeinde Saerbeck/ U. Gunka

Energie verstehen mit den Saerbecker Klimawelten

unterrichtet. Im außerschulischen Lernstandort Saerbecker Energiewelten können Schülerinnen und Schüler der Klassen 4 bis 10 nach Herzenslust experimentieren und dabei viel über Klimaschutz, Energie und Nachhaltigkeit erfahren. Die Gemeinde Saerbeck überlässt dem Lernstandort Räumlichkeiten im Bioenergiepark mietfrei und zeitlich unbefristet. Die Bezirksregierung Münster stellt mehrere Lehrkräfte mit jeweils einigen Wochenstunden für die Arbeit in den Energiewelten frei. Sie haben im Schuljahr 2016/2017 unter anderem fast 70 Projektstage angeboten, an denen rund 1.700 Schülerinnen und Schüler teilnahmen. Unsere Stiftung hat 2015 die Renovierung und Ausstattung einiger Büro- und Seminarräume sowie die Entwicklung eines Bildungskonzepts mit 115.860 Euro gefördert.

Die Saerbecker sehen ihre ambitionierten Klimaschutzziele als Generationenprojekt, als zukunftsfähigen Baustein der kommunalen Daseinsvorsorge, mit einer autarken und klimaneutralen Energieversorgung. Dabei blickt die Gemeinde auch über den Tellerrand, in kommunalen Klimaschutz-Kooperationsprojekten mit Morris (USA) und Shinchi (Japan). In Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Energie – Gebäude – Umwelt der Fachhochschule Münster sucht Saerbeck derzeit nach Lösungen, wie die erzeugte Energie für Zeiten ohne Sonne und Wind optimal gespeichert werden kann. Weitere Schwerpunkte der nächsten Jahre sind Wärmeerzeugung und Mobilität.

Die Klimakommune Saerbeck wurde mehrfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem Deutschen Solarpreis 2009 und dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis 2013. 2016 erreichte die Gemeinde mit 90,2 Prozent der möglichen Punkte den bislang höchsten Wert beim European Energy Award und landete damit unter mehr als 1.340 Kommunen in elf Ländern auf Platz 1. 2017 hat es nicht ganz für den Deutschen Nachhaltigkeitspreis gereicht, Saerbeck musste sich in der Kategorie „Kleinstädte und Gemeinden“ dem Ort Nettersheim (Eifel) knapp geschlagen geben. Für Saerbecks Bürgermeister Wilfried Roos kein Grund zur Enttäuschung, sondern „ein Ansporn, in unseren Bemühungen nicht nachzulassen und die nächsten Schritte zu gehen“. Daran ist nicht zu zweifeln.

➔ Weitere Informationen unter www.klimakommune-saerbeck.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3564

Null Emissionen ab 2030

Die Klimakommune Saerbeck

Etwas mehr als 7.000 Menschen leben im beschaulichen Saerbeck, rund 30 Kilometer nördlich von Münster gelegen. Die Landwirtschaft dominiert, aber auch ein weltweit führender Hersteller von High-Tech-Werkstoffen hat hier seinen Sitz. Und auch bei einem weiteren Thema ist Saerbeck Spitze, wie die Ortsschilder schwarz auf gelb verraten: 2009 erhielt der Ort für sein Integriertes Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept den Titel „NRW-Klimakommune der Zukunft“.

Damals gab es nicht nur den schönen Titel, sondern auch eine Förderung durch das Landesumweltministerium – der Startschuss für ein Konzept mit rund 150 Einzelmaßnahmen, die einem großen Ziel dienen: Ab dem Jahr 2030 soll der Saerbecker Energiebedarf aus Strom, Wärme und Verkehr keine Treibhausgasemissionen mehr verursachen, der kommunale CO₂-Fußabdruck auf Null geschrumpft sein. Alle machen mit, von der Gemeindeverwaltung und lokalen Unternehmen über den Förderverein, die Fachhochschule Steinfurt und die Landwirtschaft bis hin zu verschiedenen Bildungseinrichtungen. Und natürlich die Bürgerinnen und Bürger: Im Ort gibt es über 400 Photovoltaik-Anlagen auf privaten Dächern.

Auf dem Weg zu ihrem ganz speziellem 2030-Ziel ist die Kommune schon ein gutes

Stück vorangekommen, der CO₂-Fußabdruck jedes Saerbeckers ist binnen knapp zehn Jahren bereits von 9 Tonnen auf 5,5 Tonnen per anno geschrumpft. Eine wichtige Rolle spielt dabei der Bioenergiepark auf dem Gelände eines ehemaligen Bundeswehr-Munitionsdepots. 2011 übernahm die Gemeinde Saerbeck das rund 90 Hektar große Areal und entwickelte mit ausschließlich lokalen Investoren den Bioenergiepark, in dem heute Wind, Sonne und Biomasse genug Strom für 19.000 Haushalte erzeugen. Saerbeck kann also über die Gemeindegrenzen hinaus Menschen mit Energie versorgen.

Im Bioenergiepark wird nicht nur sauberer Strom produziert, sondern auch geforscht und



Experimentieren, forschen, lernen

„Auf einem guten Weg“

Interview mit der Bielefelder Umwelt- und Klimaschutzdezernentin

Städte verursachen rund drei Viertel der weltweiten Treibhausgasemissionen. Sie spielen deshalb beim Klimaschutz eine besonders wichtige Rolle. Bielefeld ist eine der NRW-Kommunen, die mit gutem Beispiel vorangehen. 2008 hat sich die rund 330.000 Einwohnerinnen und Einwohner starke Stadt in Ostwestfalen den Klimaschutzzielen des Bundes angeschlossen und ein umfangreiches Handlungsprogramm aufgelegt. Darüber sprachen wir mit Anja Ritschel, Dezernentin für Umwelt und Klimaschutz der Stadt Bielefeld und Mitglied unseres Stiftungsrates.

Resultate: Die Bundesregierung wird beim Klimaschutz das 2020-Ziel verfehlen – wie sieht es in Bielefeld aus?

Ritschel: Bielefeld ist auf einem guten Weg. Seit 1990 konnten die CO₂-Emissionen um rund 33 Prozent reduziert werden, so dass es zurzeit noch realistisch erscheint, das beschlossene Klimaschutzziel von 40 Prozent CO₂-Minderung bis 2020 auch tatsächlich zu erreichen. Das wäre ein großer Erfolg, aber nur ein Etappenziel. Deshalb sind wir aktuell in einem Prozess zur Fortschreibung der Bielefelder Klimaschutzziele bis zum Jahr 2050.

Bielefeld hat vergleichsweise früh das „Handlungsprogramm Klimaschutz“ aufgelegt. Wie kam es dazu, wer hat das entscheidend vorangetrieben?

Bereits 1991 ist Bielefeld dem Klimabündnis der europäischen Städte beigetreten und beschloss damals, den CO₂-Ausstoß bis 2010 um 20 Prozent zu reduzieren. 2006 wurden wir als Klimaschutzkommune ausgezeichnet. Dies alles war Grundlage für einen Ratsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum kommunalen Klimaschutz. In der Ratssitzung am 20. September 2007 haben sich alle Fraktionen auf einen gemeinsamen Beschluss verständigt, mit der Selbstverpflichtung des Rates, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um eine 40-prozentige CO₂-Reduzierung und einen Anteil von 20 Prozent erneuerbarer Energien bis 2020 zu erreichen. Auch das daraufhin entwickelte Handlungsprogramm wurde einstimmig vom Rat verabschiedet.

Wie viel Geld steht im Bielefelder Jahresetat für Klimaschutzmaßnahmen zur Verfügung?

Das lässt sich nicht exakt beziffern, denn Klimaschutz findet in mehreren Ressorts statt: Es gibt zum Beispiel die energetische Sanierung städtischer Gebäude, aber auch aktuell die Ent-

wicklung eines zukunftsfähigen betrieblichen Mobilitätsmanagements für die Stadtverwaltung. Unsere kommunalen Stadtwerke treiben den Ausbau erneuerbarer Energien voran und wir haben einen Topf für allgemeine Klimaschutzaktivitäten wie die Kindermeilenkampagne, den BobbyCar Solarcup oder das Projekt Ökoprofit.

Bei Mobilität noch „Luft nach oben“

Wo drückt in Bielefeld in Sachen Klimaschutz der Schuh am heftigsten?

Gerade im Bereich Mobilität hat Bielefeld noch viel „Luft nach oben“. Eine aktuelle Erhebung hat ermittelt, dass der Anteil des Kfz-Verkehrs mit mehr als 50 Prozent nach wie vor auf dem Niveau von vor 20 Jahren liegt. Dabei sind 40 Prozent dieser Fahrten kürzer als 5 Kilometer! Hier müssen wir deutlich besser werden, auch im Sinne der Lebensqualität in unserer Stadt.

Welches sind die größten Erfolge?

Wir hatten das große Glück, für die Umsetzung unseres „Handlungsprogramms Klimaschutz 2008–2020“ umfangreiche Fördermittel des Bundesumweltministeriums einwerben zu können. Mit der für drei Jahre gewährten 80-Pro-

Jung und Alt beteiligt sich an der Aktion „Stadtradeln – Radeln für ein gutes Klima“.



Foto: farnadies-bielefeld.de



Foto: Umweltamt Bielefeld

Der Bielefelder „Apfeltag“, eine Veranstaltung zu nachhaltiger Ernährung und Landwirtschaft

maschutz zu bewirken. Gute Planungen und förderfähige Ideen nützen nichts, wenn uns hinterher das Geld für die Umsetzung fehlt.

Der Bund und die Länder setzen mit Gesetzen und Verordnungen wichtige Rahmenbedingungen. Hier wünsche ich mir mehr Mut, Weichenstellungen für den Klimaschutz vorzunehmen – etwa durch Effizienzvorgaben für Produkte oder den Abbau klimaschädlicher Subventionen. Und angesichts der existenziellen Bedeutung des Klimaschutzes wäre es nur konsequent, dies mit einem Bundesgesetz verbindlich zu untermauern, so wie es einige Bundesländer bereits getan haben.

Sie sind seit 2016 im Stiftungsrat aktiv. Wie sind Ihre bisherigen Erfahrungen, wie bewerten Sie die Arbeit und Relevanz der Stiftung?

Vor allem bin ich beeindruckt von den großartigen Projekten, die dank der Stiftung realisiert werden können. Dahinter steckt ein unglaubliches Engagement. Mir gefällt aber auch, wie die Stiftung arbeitet. Denn es geht nicht nur darum, Geld entsprechend dem Stiftungszweck auszuschütten, sondern auch zu beraten und die Antragstellerinnen und Antragsteller im besten Sinne bei ihrer Arbeit zu unterstützen.

Dass es zuletzt immer mehr Projekte gab, die nicht der Kategorie „Umwelt“ oder „Entwicklung“ allein zuzuordnen sind, sondern vielmehr vernetzte Ansätze haben, zeigt, dass die Stiftung offenbar gute Impulse setzt, um den Gedanken der Einen Welt in unserer Gesellschaft zu verankern. Ich freue mich sehr, dass ich daran im Stiftungsrat mitwirken darf.



Foto: privat

Anja Ritschel ist seit 2008 Bielefelder Dezernentin für Umwelt und Klimaschutz und seit 2016 Erste Beigeordnete.

zent-Förderung wurden 2,5 zusätzliche Stellen befristet eingerichtet. So konnten wir sehr schnell die ersten Bausteine umsetzen und mit der Klimakampagne „Bielefeld will's wissen“ zudem auch die Öffentlichkeit erfolgreich motivieren, sich aktiv einzubringen. Insofern ist es womöglich der größte Erfolg, dass wir so viele Mitstreiter und Mitstreiterinnen gewinnen konnten. Und dass wir nicht nur selber sagen „wir sind gut“, sondern dies durch die kontinuierliche „European-Energy-Award-Zertifizierung“ – inzwischen mit Goldstandard – oder die Auszeichnung mit dem europäischen Climate Star 2014 bestätigt wird, freut mich sehr.

Ist Klimaschutz bei den Bielefelder Bürgerinnen und Bürgern „mehrheitsfähig“, unabhängig von der Ratszusammensetzung?

Klimaschutz wird in Bielefeld von allen Fraktionen und Gruppen im Rat und auch der Bevölkerung breit getragen. Aber beim Klimaschutz ist es wie beim Abnehmen: die ersten Kilo sind die leichtesten. Wenn wir perspektivisch 80 bis 95 Prozent der Treibhausgasemissionen vermeiden wollen, ist das ein echter Kraftakt, wo es bestimmt noch viele Diskussionen um den richtigen Weg und die geeigneten Maßnahmen geben wird.

Viele machen mit

Spielen Nichtregierungsorganisationen eine Rolle?

Klimaschutz ist nur dann erfolgreich, wenn möglichst viele mitmachen. Deshalb haben wir bereits 2010 ein „Netzwerk Klimaschutz“ initiiert, wo diverse Nichtregierungsorganisationen, aber auch engagierte Einzelpersonen mitwirken. Ein weiteres Beispiel ist der Bielefelder

Energiewende-Prozess. Hierzu muss man wissen, dass die Bielefelder Stadtwerke zu rund 16 Prozent unmittelbar am AKW Grohnde beteiligt sind. Als 2011 in Deutschland die Energiewende eingeleitet wurde, gab es parallel einen lokalen Prozess mit starker zivilgesellschaftlicher Beteiligung. Bei einer großen Auftaktveranstaltung, bei Workshops und bezirklichen Diskussionsrunden haben sich viele Menschen eingebracht. Und auch die derzeit laufende Fortschreibung der Bielefelder Klimaschutzziele bis 2050 erfolgt in einem solchen Rahmen. Auf dieses Engagement können wir in Bielefeld stolz sein.

Welche Handlungsmöglichkeiten hat eine Kommune beim Thema Klimaschutz?

Kommunen haben zunächst eine wichtige Vor- und Leitbildfunktion durch ihr eigenes Handeln. Außerdem können sie förderliche Rahmenbedingungen schaffen und Standards setzen, zum Beispiel durch die Bauleitplanung oder den Ausbau klimafreundlicher Verkehrsinfrastruktur. Und mit eigenen Stadtwerken werden die Gestaltungsmöglichkeiten nochmals größer, weil man schon bei der Energieerzeugung beginnen kann. Vor allem aber sind Kommunen nah dran an den Bürgerinnen und Bürgern und können so in besonderer Weise Engagement im Klimaschutz aktivieren.

Wünschen Sie sich mehr Unterstützung und konsequentere Klimaschutzanstrengungen von der Landes- und Bundesregierung?

Klimaschutz ist nicht zum Nulltarif zu haben. Gerade als Vertreterin einer Kommune in der Haushaltssicherung muss ich es deutlich formulieren: Wir brauchen mehr langfristige finanzielle Unterstützung, denn mit befristeten Modellprojekten allein ist kein langfristiger Kli-



Foto: Förderverein MWS

Kinderspaß bei einer Informationsveranstaltung der MobilitätWerkStadt

Zukunftsfähige Konzepte

Mobilität und Klimaschutz

Es gibt mehrere Gründe dafür, warum es mit dem Klimaschutz in Deutschland hakt und die selbst gesteckten Klimaziele für das Jahr 2020 verfehlt werden. Einer davon ist unbestritten der nach wie vor hohe CO₂-Ausstoß im Verkehrssektor, der in den letzten Jahren sogar wieder angestiegen ist. Doch auch jenseits der klimaschädlichen Emissionen scheint es höchste Zeit für ein grundlegendes Umdenken: Die Stickoxide aus Dieselmotoren machen vielen Menschen ebenso gesundheitliche Probleme wie die Lärmbelastung an vielen Straßen.

Parkplätze in Innenstädten sind Mangelware, und die berühmt-berüchtigte „freie Fahrt für freie Bürger“ ist (nicht nur) in NRW längst eine Illusion. Nach Angaben des ADAC kam es 2017 auf den über 2.200 Autobahnkilometern des einwohnerstärksten Bundeslandes zu mehr als 250.000 Staus. Zusammengerechnet ergaben 2017 alle Staus in NRW eine Länge von knapp 455.000 Kilometern – ein Plus von 17 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Gut gemischt mobil

Vor allem im kommunalen Bereich machen sich immer mehr Menschen Gedanken über eine zukunftsfähige Mobilität. Unsere Stiftung fördert

dazu mehrere Projekte, zum Beispiel „Gut gemischt mobil“ der MobilitätWerkStadt in der Metropolregion Ruhr (Fördersumme: 194.220 Euro). Ausgangspunkt des Projekts war das bürgerschaftliche Engagement vieler Akteure in den Städten Essen, Bottrop, Bochum, Gelsenkirchen und Gladbeck gegen den Ausbau der Autobahn 52. Statt dessen sollten konkrete, gesunde und umweltverträgliche Mobilitäsalternativen entwickelt werden, mit Kampagnen, Infotagen, Werkstätten und vielen weiteren Projektbausteinen.

Nach Einschätzung des Projektleiters Georg Nesselhauf ist das „im Großen und Ganzen an vielen kleinen Punkten gelungen“. Viele Bürgerinnen und Bürger wurden erreicht, insbesondere mit den jährlichen Stadtradelwochen, in denen zahlreiche Menschen für 21 Tage auf das Rad umgesattelt haben. Detaillierte Vorschläge für Infrastrukturverbesserungen, etwa für ein deutlich ausgebauten und optimiertes Radwegenetz und Nahverkehrsangebot, wurden von der MobilitätWerkStadt erarbeitet und insbesondere in Essen regelmäßig an die Stadtspitze herangetragen. Auch die Erarbeitung eines digitalen Regionalmodells „GutGemischt-Mobil in der Metropole Ruhr“ habe sich als richtig und wichtig herausgestellt, so Nesselhauf.

Nach Ablauf der dreijährigen Förderphase soll die Arbeit weitergehen, etwa für sichere und attraktive Fuß- und Radwege für Kinder und Jugendliche auf ihrem Weg zur Schule in Essen, Bochum, Bottrop, Gladbeck und Gelsenkirchen.

Gut leben

Wie es sich anfühlt, das Auto zumindest kurzfristig von den Straßen zu verbannen, wird seit mittlerweile fünf Jahren in Köln am „Tag des guten Lebens“ erprobt. Die Bürgerinitiative Agora Köln ermöglicht seit 2013 den Bewohnern jeweils eines Viertels, ihren Stadtteil einen Tag lang so zu gestalten, wie sie ihn sich wünschen.





Exkursionsteilnehmer während der Autofasten-Aktion 2017



Straßenmusik beim „Tag des guten Lebens 2017“



Klimafreundlich unterwegs mit der MobilitätWerkStadt

Sie will damit ein Zeichen für den Wandel Kölns zu einer nachhaltigen und menschenfreundlichen Kommune setzen.

Der „Tag des guten Lebens“ am 18. Juni 2017 in Köln-Deutz brachte eine Rekordteilnahme: Rund 150.000 Besucher und Besucherinnen kamen in die 30 für den motorisierten Verkehr gesperrten Straßen, um zu tanzen, Lastenräder Probe zu fahren, Apfelbäume zu pflanzen, zu lesen oder die Bebauungspläne für ihr Stadtviertel zu diskutieren. Der nächste „Tag des guten Lebens“ findet am 1. Juli 2018 im Agnes- und Eigelsteinviertel statt, unter dem Motto „Das Köln, das wir wollen“. Tipps zur konkreten Organisation von Straßenfesten

hat die Agora Köln in einer kleinen Broschüre veröffentlicht (www.agorakoeln.de → Projekte). Unsere Stiftung hat die „Tage des guten Lebens“ und die kontinuierliche inhaltliche Arbeit, etwa bei Nachbarschaftsinitiativen oder Bürgerwerkstätten, mit insgesamt rund 230.000 Euro gefördert.

Besser ohne Auto

Bereits zum 22. Mal läuft derzeit bundesweit die ökumenische, von den katholischen und evangelischen Kirchen ausgerufene Aktion „Autofasten“. Dabei sollen möglichst viele Menschen in den Gemeinden mit verschiedenen Aktionen – unter anderem einem Kunstwettbewerb, alternativen Stadtführungen oder einer Klima-Rallye – ein nachhaltiges Mobilitätsverhalten kennenlernen. Mit von der Partie ist auch diesmal wieder der Trägerverein des Diözesanrats der Katholiken im Bistum Aachen, dessen Autofasten-Aktionen unsere Stiftung im Rahmen von drei Kleinprojekten mit insgesamt gut 14.000 Euro gefördert hat. Im Zentrum der Aktion steht ein Wettbewerb für Gruppen, Familien und Einzelpersonen, die zwischen dem 14. Februar und dem 31. März möglichst viele Autokilometer und somit CO₂ einsparen sollen.

So sieht gutes Leben aus.

Werbung für den Umstieg auf das Fahrrad machte der Kongress RADKOMM, den der gleichnamige Verein am 17. Juni 2017 in Köln durchführte (Fördersumme: 33.291 Euro). Unter dem Motto „Bessere Luft für Köln“ diskutierten rund 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kommunale Mobilitätskonzepte, die zu weniger Autos und besserer Luft führen könnten. Kölns Oberbürgermeisterin Henriette Reker skizzierte die Planungen der Stadt, Köln zu einer fahrradfreundlicheren Kommune zu machen – warnte aber angesichts der sehr langsam mahlenden Verwaltungsmühlen vor zu großer Hoffnung auf eine rasche Umsetzung. Auch in diesem Jahr wird es wieder eine RADKOMM geben, am 16. Juni im Bürgerzentrum Köln-Ehrenfeld.

Der Kongress, weitere Veranstaltungen und viele andere Aktivitäten sind Teil eines neuen Projekts von RADKOMM, das vor allem zum Ziel hat, landesweit zu einer fahrradfreundlichen Verkehrswende beizutragen. Unsere Stiftung fördert das zweijährige Vorhaben ab März 2018 mit 154.545 Euro.

→ Weitere Informationen unter <http://mobilitaetwerkstadt.de> (und in unserer Projektdatenbank unter U-3590), www.tagdesgutenlebens.de (U-3497, U-3534, U-3580, U-3676), www.dioezesanrat-aachen.de, (U-3652, U-3704, U-3774), www.radkomm.de (U-3719, U-3778)



Nicht fair

Die Ungleichheit wächst

Die Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern, so lautet Ziel 10 der 2030-Agenda. Doch wie bei nahezu jedem der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung ist die Weltgemeinschaft auch hier noch weit davon entfernt, den selbst gesteckten Ansprüchen gerecht zu werden. Im Gegenteil: Aktuelle Studien zufolge verringert sich der Abstand zwischen Arm und Reich nicht, sondern er wächst.

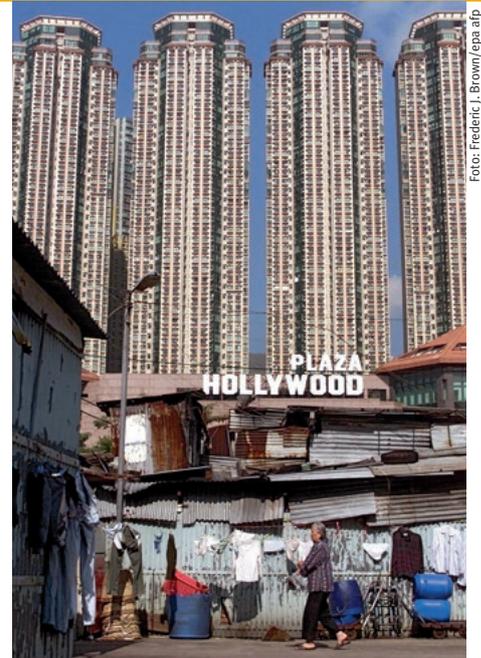
So veröffentlichte die internationale Hilfs- und Entwicklungsorganisation Oxfam vor Beginn des Weltwirtschaftsforums in Davos im Januar 2018 den Bericht „Reward Work, not Wealth“ (deutscher Titel: „Der Preis der Profite“). Darin konstatiert Oxfam eine weltweite Zunahme sozialer Ungleichheit: So seien im vergangenen Jahr 82 Prozent des globalen Vermögenswachstums an das reichste Prozent der Weltbevölkerung gegangen, während das Vermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung stagniert hätte. Daher besitze heute das reichste Prozent der Weltbevölkerung über die Hälfte des globalen Vermögens, also mehr als die übrigen 99 Prozent zusammen. Noch weiter zugespitzt: Die reichsten 42 Personen auf der Welt besitzen genauso viel wie die gesamte

ärmere Hälfte der Menschheit, also 3,7 Milliarden Menschen.

Nach den Erhebungen von Oxfam sind Frauen besonders von dieser Einkommensungleichheit betroffen. Weltweit verdienen Frauen im Durchschnitt 23 Prozent weniger als Männer. Es ist offensichtlich noch ein langer Weg, bis auch Nachhaltigkeitsziel 5, die Gleichstellung der Geschlechter, erreicht wird oder auch nur in greifbare Nähe rückt.

Kritik und Zustimmung

Oxfam verwendet für seine Berechnungen den „Globalen Reichtumsbericht“ der Schweizer Bank Credit Suisse und die Forbes-Liste der Superreichen. Diese Datenquellen und die daraus gezogenen Schlüsse werden von verschiedenen Wissenschaftlern und Medien in Zweifel gezogen. Sie beruhen zum Teil auf Schätzungen oder unvollständigen Statistiken, so ein Kritikpunkt. Zudem gehe die Credit Suisse vom Nettovermögen aus, ziehe also mögliche Schulden von der Habenseite ab – was dazu führen könne, dass ein Student an einer US-Eliteuni, der sein Studium mit einem Kredit finanziert,



Die Wellblechhütten der Armen müssen den Wolkenkratzern weichen.

ärmer gerechnet werde als etwa ein Kleinbauer aus Äthiopien, der überhaupt keinen Kredit bekomme.

Oxfam bestreitet solche „statistischen Unsicherheiten“ nicht, weist aber darauf hin, dass man die gleiche Berechnungsgrundlage wie der Internationale Währungsfonds oder die Bank of England verwende. Und die NGO steht nicht alleine da mit ihrer These, dass es bei der Verteilung des Wohlstands in vielen Ländern der Welt alles andere als fair zugehe: So wies im Dezember 2017 der „World Inequality Report“ der Pariser School of Economics (PSE) darauf hin, dass der Wohlstand von 50 Prozent der Einkommensbezieher in den USA seit 37 Jahren stagniere, während sich die Einkünfte des obersten Prozents auf 1,3 Millionen Dollar pro Jahr verdreifacht hätten.

Negativbeispiel Deutschland

Auch für Deutschland gibt es eine aktuelle Untersuchung zur Vermögensverteilung. Dafür hat eine Arbeitsgruppe um den Steuerexperten Stefan Bach vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) die regelmäßig von der Europäischen Zentralbank (EZB) erhobenen Zahlen für die Eurozone mit der Forbes-Reichenliste kombiniert und sich dabei auf Deutschland, Frankreich und Spanien konzentriert. Danach besaßen im Jahr 2014 die 45 reichsten Haushalte in Deutschland so viel wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung, jeweils rund 214 Milliarden Euro. Und es geht noch ungerechter zu als in den Vergleichsländern: In Spanien verfügt die ärmere Hälfte der Bevölkerung über knapp zwölf Prozent des Vermögens, in Frankreich über mehr als sechs Pro-

Obdachlose: inzwischen ein alltägliches Bild in unseren Städten



Foto: Markus C. Hurek/dpa

zent, in Deutschland hingegen nur über 2,3 Prozent. Bei uns besitzen die reichsten zehn Prozent der Haushalte zwei Drittel des Vermögens, in Frankreich und Spanien jeweils weniger als die Hälfte. Auch laut Oxfam-Bericht ist Deutschland ein Negativbeispiel: Innerhalb der Euro-Zone ist die Kluft zwischen Arm und Reich nur in Litauen größer.

Besonders heikel: Kinderarmut

Mit einer Studie zur Kinderarmut in Deutschland hat die Bertelsmann Stiftung im Oktober 2017 den Fokus auf ein spezielles Problem gerichtet – mit bedrückenden Zahlen: Rund 21 Prozent aller Kinder leben bei uns über mindestens fünf Jahre dauerhaft oder wiederkehrend in einer Armutslage. Für weitere zehn Prozent ist das ein kurzzeitiges Phänomen. So oder so mit gravierenden Folgen, führt die Bertelsmann-Studie aus: beengtes Wohnen, wenig Geld für gesundes Essen, Bildung, Hobbies oder Urlaub und nur geringe Chancen auf gesellschaftlichen Aufstieg. Zwar bedeute Armut hierzulande für Kinder selten, kein Dach über dem Kopf oder kein Essen zu haben. Arm zu sein heiße aber, auf vieles verzichten zu müssen, was für Gleichaltrige ganz normal zum Aufwachsen dazugehöre.

Vor allem schließt es von vielen sozialen und kulturellen Aktivitäten aus – und es mindert die Bildungschancen ganz erheblich, wie der jährliche „Chancenspiegel“ belegt, den die Bertelsmann Stiftung in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Dortmund und der Friedrich-Schiller-Universität Jena veröffentlicht. So hatten Neuntklässler aus höheren Sozialschichten 2014 etwa in Mathematik einen Wissensvorsprung von bis zu zwei Jahren gegenüber ihren Klassenkameraden aus bildungsfernen Familien. „Wer schon als Kind arm ist und nicht am gesellschaftlichen Leben teilnehmen kann, hat auch in der Schule nachweisbar schlechtere Chancen. Das verringert die Möglichkeit, später ein selbstbestimmtes Leben außerhalb von Armut zu führen“, sagt Jrg Dräger, Vorstand der Bertelsmann Stiftung. Er fordert einen Paradigmenwechsel in der Familienpolitik: „Der Bedarf von Kindern und Jugendlichen soll in den Mittelpunkt des familienpolitischen Handelns rücken.“

Demokratie in Gefahr

Angesichts der weltweiten Situation schlagt nicht nur Oxfam, sondern auch die Welthungerhilfe Alarm: „Die neuesten Studien zeigen, dass die Ungleichheit in der Welt extrem zu-

Kunden der Essener Tafel warten mit ihren Einkaufstrolleys vor der Ausgabestelle.



Foto: Roland Wehnau/epa



Ungleichheiten verringern!

Das UN-Nachhaltigkeitsziel 10 lautet: Ungleichheiten in und zwischen Ländern reduzieren. Das Global Policy Forum erläutert in einem Arbeitspapier (64 S.) die verschiedenen Formen ökonomischer, sozialer und politischer Ungleichheiten und die damit verbundenen Indikatoren. Und es erörtert, welche Ansatzpunkte und Politikinstrumente es gibt, um Ungleichheit zu reduzieren. Die Broschüre entstand im Rahmen des von unserer Stiftung geförderten Projekts „2030.de“.

➔ Download und Bestellung unter www.2030agenda.de

nimmt. Das gilt nicht nur für den Reichtum, sondern auch für die Konzentration von Macht bei kleinen Eliten“, so der Vorstandsvorsitzende Dr. Till Wahnbaeck. Gravierende wirtschaftliche Unterschiede und die ungleiche Verteilung von sozialer und politischer Macht führten zu Mangelernährung, so Wahnbaeck. Dies zeige sich auch darin, dass besonders Frauen, ethnische Minderheiten und Kleinbauern vom Hunger bedroht seien.

Für Oxfam geführt die große materielle Ungleichheit auf lange Sicht die demokratischen Grundlagen. Wer arm ist, beteilige sich weniger an der Politik, und seine Anliegen würden nicht so sehr gehört. Viele Menschen verlören das Interesse an Wahlen, weil sie sich von den Politikern nicht vertreten fühlten, oder wendeten sich Protestparteien mit einfachen Lösungen und klaren Feindbildern zu. „Die extreme Ungleichheit hält Menschen in Armut gefangen, zerstört den gesellschaftlichen Zusammenhalt, ist ökonomisch kontraproduktiv und in der Konsequenz für uns alle katastrophal.“ Um hier eine Kehrtwende einzuleiten, müssten laut Oxfam die weltweiten Steuer-schlupflcher für Konzerne und Superreiche geschlossen werden. Weitere Forderungen der Organisation sind faire Einkommen für Frauen und Männer sowie massive Investitionen in Bildung und Gesundheit.



Foto: Karina Lange

Workshop im Rahmen des Projekts „Globale Solidarität vor Ort“

Vielfältig aktiv

Studierende engagieren sich für Nachhaltigkeit

Das Vorurteil bröckelt. Junge Menschen sind unpolitisch, interessieren sich vor allem für sich selbst und haben schon gar kein Interesse, ihre wertvolle Freizeit mit gesellschaftlichem Engagement zu verbringen, hieß es in den letzten Jahren oft. Hört man sich dagegen bei Naturschutzverbänden oder Eine-Welt-Organisationen um, klingt das ganz anders: Junge Frauen und Männer setzen sich zunehmend und intensiv für eine gesunde Natur oder bessere Lebensbedingungen für alle ein, sie haben nur wenig Lust auf langjährige Festlegungen oder mühsame Gremienarbeit (siehe auch unser Interview mit Anke Valentin vom Wissenschaftsladen Bonn, S. 14 und 15).

Offiziell bestätigt werden diese Beobachtungen durch die letzte Shell-Jugendstudie aus dem Jahr 2015. Gaben 2002 noch 30 Prozent der Jugendlichen an, politisch interessiert zu sein, waren es 2015 rund 41 Prozent. Fast sechs von zehn Befragten haben sich auch politisch engagiert, meist durch Boykotte und Petitionen. Hannah Fischer, Promotorin für Junges Engagement beim Eine Welt Netz NRW, wirft einen differenzierten Blick auf die Generation der 16- bis 30-jährigen: „Junge Menschen sind aktiv. Junge Menschen sind aber auch divers. Es ist deshalb schwierig, von DER Jugend und DEM Engagement von jungen Menschen zu spre-

chen.“ Viele junge Menschen aus dem Hochschulbereich, mit denen sie zusammenarbeitet, wollten die Welt nachhaltig verändern, indem sie lokal (anders) handeln.

Open Mind

Aktuelle Handlungsweisen, Wirtschaftsmodelle und politische, globale, ökologische sowie gesellschaftliche Strukturen würden kritisch hinterfragt und Alternativen erprobt, erzählt Fischer: „Wie kann ich meinen Lebensstil oder meine Handlungsweisen verändern, um den globalen negativen Auswirkungen entgegenzuwirken, wie Klimawandel, ausbeuterische Arbeitsbedingungen, Umweltverschmutzung oder Diskriminierung, und andere Menschen ebenfalls vom ‚anders handeln‘ zu begeistern?“ Kleidertauschcafés, Upcycling Events, Foodsharing, eigene Landwirtschaftsmodelle und Anti-Rassismus-Workshops seien nur einige von vielen Formen des Engagements für eine nachhaltigere Welt.

Solche Ansätze finden sich auch in „OpenGlobe“, einem Netzwerk von jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen innerhalb des Eine Welt Netz NRW. In derzeit elf lokalen Gruppen setzen sie sich kritisch mit globalen Zusammenhängen auf politischer, gesellschaftlicher,

wirtschaftlicher und ökologischer Ebene auseinander. Das von unserer Stiftung mit 114.010 Euro geförderte Projekt „Open Mind“ konzentriert sich darauf, mit Seminarreihen an Hochschulen eine Verbindung von Theorie und entwicklungspolitischer Praxis zu knüpfen und das zivilgesellschaftliche Engagement von Studierenden zu fördern. Mittelfristig sollen auf dieser Basis weitere lokale Gruppen im OpenGlobe-Netzwerk gegründet werden.

Heldinnen und Helden

oikos Paderborn ist eine der 40 lokalen Organisationen der 1987 in der Schweiz gegründeten internationalen Studenteninitiative „oikos“, die sich für nachhaltiges Wirtschaften stark macht. Seit 2009 engagiert sich der Verein an der Universität Paderborn und führt Projekte, Konferenzen und Workshops durch, um das Thema Nachhaltigkeit bekannter zu machen. Eine zentrale und regelmäßig stattfindende Veranstaltung ist der „Heldentag“, der von unserer Stiftung in den letzten Jahren mit insgesamt etwas mehr als 5.000 Euro gefördert wurde. Am „Heldentag“ diskutieren Studierende mit Akteuren aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft über Nachhaltigkeitsthemen. 2017 ging es unter dem Motto „Industry 4 you?!“ mit insgesamt



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der BIMUN/SINUB-Konferenz 2017

rund 70 Teilnehmenden um die Frage, inwiefern Nachhaltigkeit bei der Zukunftsplanung regionaler Konzerne und Unternehmen berücksichtigt wird. Der Heldentag 2018 wird am 22. Juni stattfinden.

Ein interessantes Format haben Bonner Studierende unter dem etwas sperrigen Titel BIMUN/SINUB entwickelt. Die Kürzel stehen für Bonn International Model United Nations/ Simulation Internationale des Nations Unies de Bonn und damit für den internationalen Charakter. Konkret geht es um eine jährlich durchgeführte Simulationskonferenz von Komitees der Vereinten Nationen und der EU. Beispiele simulierter Komitees sind der Rat der Europäischen Union, der Rechtsausschuss der UNO-Generalversammlung, das UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) und der internationale Währungsfonds. Seit der Gründung im Jahr 2002 haben nach Angaben des BIMUN/SINUB e. V. jährlich im Durchschnitt 170 Studierende aus bis

zu 50 Ländern teilgenommen. Und seit 2009 wird die Konferenz nach dem „Green Conference“-Konzept möglichst CO₂-neutral ausgerichtet. Unsere Stiftung hat zwei Konferenzen mit insgesamt rund 27.000 Euro gefördert.

Gut und solidarisch leben

In Wirtschaft, Politik und Gesellschaft sind Konsumsteigerung und Wirtschaftswachstum für die meisten ein wichtiges Ziel. Auch unser alltägliches Handeln ist davon geprägt und dafür nehmen wir die Plünderung der begrenzten Ressourcen auf unserem Planeten und ausbeuterische Arbeitsbedingungen in Kauf. Doch wie kann ein gutes Leben für alle jenseits von Wachstum und Konsumsteigerung aussehen? Dieser Frage geht das Eine Welt Forum Aachen in dem Projekt „Gutes Leben 2.0“ nach, das von unserer Stiftung mit 195.000 Euro gefördert wird. Neben verschiedenen Aktionsformen und Multiplikatorenschulungen bietet die Veranstaltungsreihe Phil-AIXchange mit der Philosophischen Fakultät und dem Institut für politische Wissenschaft der RWTH Aachen Möglichkeiten der vertieften Auseinandersetzung mit dem Thema. Zum Abschluss des Projekts werden auf einer Konferenz die Ergebnisse zusammengeführt und weitere Möglichkeiten des Engagements entwickelt.

Das soziokulturelle Zentrum Bahnhof Langendreer in Bochum führt bereits zum zweiten Mal das Projekt „Globale Solidarität vor Ort“ durch. Studierende sowie junge Berufstätige behandeln in Workshops und Diskussio-

nen entwicklungspolitische Themen und erhalten Anregungen zum eigenen Engagement. Bestandteile des Projekts sind monatliche Gruppentreffen, Wochenend- und Tagesseminare, Crashkurse (zum Beispiel in den Bereichen Öffentlichkeitsarbeit oder Fundraising), gemeinsame Exkursionen, Kongressbesuche und ein selbst gestalteter kreativer öffentlicher Auftritt. In diesem Jahr geht es vor allem um globale Textilproduktion und ihre Lieferketten sowie Aktivitäten im Rahmen der Kampagne für Saubere Kleidung.

Für Projektleiterin Karina Lange funktioniert die „Mischung aus Ausbildung, Studium und Beruf inhaltlich und persönlich sehr gut“. Das jeweilige Wissen sowie unterschiedliche Vorerfahrungen aus verschiedenen Fachrichtungen führten zu einem regen Austausch und bereicherten die Gruppe sehr. Besonders schön: Sechs Personen aus dem ersten Projekt sind weiterhin dabei. Unsere Stiftung hat „Globale Solidarität vor Ort“ mit insgesamt 49.000 Euro gefördert.

➔ Weitere Informationen unter www.eine-welt-netz-nrw.de/mitmachen/junges-engagement/ (und in unserer Projektdatenbank unter E-4965), <http://oikos-international.org/paderborn/> (U-3585, U-3637, Z-5348, Z-5392), www.bimun.org/ (Z-5181, Z-5290), <https://gutesleben-aachen.de/> (Z-5324), <http://bahnhof-langendreer.de/projekt-globale-solidaritaet-vor-ort.html> (E-4877, E-4970)



Foto: Meike Lürdik

Bilden, wissen, handeln

Der Wissenschaftsladen in Bonn

Sie sind seit vielen Jahren unverzichtbare Instrumente zur Joborientierung in den Geistes- und Sozialwissenschaften oder für Engagierte, die im Umwelt- und Naturschutz arbeiten wollen: Die Arbeitsmarkt-Hefte des Wissenschaftsladen (WILA) Bonn haben mit aktuellen Stellenangeboten aus Zeitungen, Fachzeitschriften und Onlineportalen schon vielen Menschen zur passenden Arbeitsstelle verholfen und sind entsprechend bundesweit bekannt.

Doch der 1984 von einigen Studierenden gegründete WILA Bonn ist weit mehr als eine Institution zur beruflichen Orientierung. Das Leitmotiv der damaligen Pioniere – nämlich die Empörung darüber, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Elfenbeinturm forschen und Bürgerinnen und Bürger nichts davon haben – gilt auch heute noch für die aktuell rund 35 festangestellten Beschäftigten des weltweit größten „Science Shops“. Der WILA Bonn, ein gemeinnütziger Verein, steht wirtschaftlich auf eigenen Füßen, arbeitet aber nicht gewinnorientiert und finanziert sich vor allem durch Förderprojekte, Informations-, Mess- und Beratungs-Dienstleistungen sowie durch Kurse, Seminare und Vorträge.

Herausforderungen unserer Zeit

Die Themen, mit denen sich der WILA beschäftigt, sind beinahe deckungsgleich mit den großen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit: Klimawandel, Energiewende, Flächenverbrauch, biologische Vielfalt, soziale Gerechtigkeit. Nach Überzeugung von Dr. Anke Valentin, einer von zwei Geschäftsführerinnen des WILA, lassen sich solche Fragen nur von



Aktuelles von der Stiftung gefördertes Projekt „Raus aus'm Haus“: Die Grüne Spielstadt, eine rund 4.500 m² große Naturerlebnisfläche in Bonn, wird gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen zum „Draußen-Lernort“ entwickelt.

Wissenschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam beantworten – „das ist die Schnittstelle, an der wir arbeiten“.

Bilden, wissen, handeln lautet der Dreiklang, der als Leitmotiv über der WILA-Arbeit steht. Dabei sei es wichtig, von Ausstellungen über Planspiele bis hin zu Szenario-Workshops verschiedene Methoden auszuprobieren und die passenden zu finden, so Anke Valentin: „Mal klappt es besser, mal schlechter, wenn man neue Formate erprobt.“ Eine Spezialität

des WILA sei es, künftige Probleme bereits früh zu erkennen – etwa den absehbaren Engpass an Fachkräften angesichts des beginnenden Booms der erneuerbaren Energien vor einigen Jahren. In mehreren Projekten bemühte (und bemüht) sich der WILA, Unternehmen, Hochschulen und potenzielle Arbeitskräfte zu diesem Thema zusammenzubringen, Informationslücken zu schließen und Jugendliche als Arbeitskräfte von morgen zu motivieren, Teil der Energiewende zu werden.

„In beide Richtungen“

**Interview mit WILA-Geschäftsführerin
Dr. Anke Valentin**

Resultate: Was unterscheidet den WILA von anderen vergleichbaren Institutionen?

Valentin: Wir betreiben Wissenschaftstransfer in beide Richtungen – also nicht nur von den Universitäten zu den Bürgerinnen und Bürgern, sondern auch umgekehrt. Wir sind sehr nahe an der Zivilgesellschaft, sehen daher schnell, wo dort der Schuh drückt – und tragen die daraus resultierenden Forschungsfragen in die Uni.

Ein erfolgreicher Ansatz?

Offensichtlich. Auf Bundesebene steht heute in den Ausschreibungen für Forschungsprojekte fast immer „transdisziplinär“ – Bürgerinnen und Bürger, aber auch Institutionen mit Praxiserfahrung wie Kommunen oder Unternehmen sollen zwingend einbezogen werden. Die Idee der zwei Richtungen hat sich also durchgesetzt. Ein aktuelles Beispiel: Im Rahmen der Initiative „Innovative Hochschule“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung baut die Hochschule Bonn-Rhein-Sieg ein „CitizenLab“ auf, in dem Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit Wissenschaftlern und Studierenden naturwissenschaftlich-technologische und gesellschaftliche Fragestellungen bearbeiten werden. Und wir als WILA sind an diesem Projekt beteiligt.

Die Gründung des WILA 1984 fiel in eine Zeit, wo das kritische Hinterfragen scheinbar gültiger wissenschaftlicher Erkenntnisse (noch) en vogue war. Werden heute eigentlich noch Wissenschaftsläden oder vergleichbare Institutionen gegründet?

Aber ja, in Deutschland, aber mehr noch überall in Europa. Die heißen nur manchmal anders, zum Beispiel „Science Shops“. Uns ist die internationale Zusammenarbeit sehr wichtig. So sind wir das deutsche Kontaktbüro des weltweiten Living-Knowledge-Netzwerks der Wissenschaftsläden und unterstützen in Weißbrunn gerade den Aufbau eines Science Shops.

Theorie und Praxis zusammenbringen

Das Bedürfnis nach zivilgesellschaftlicher Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse scheint also zu wachsen ...

Ich war kürzlich auf dem German Future Earth Summit, einer Nachhaltigkeitskonferenz. Die dort aufgeworfene Frage, warum wissenschaftliche Erkenntnisse oft schon weit gediehen

sind, aber in der Praxis nicht zur Anwendung kommen, sorgte gerade bei jüngeren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern für heftige Diskussionen. Theorie und Praxis zusammenzubringen ist auch für sie ein brennendes Thema, aber oft steht zum Beispiel die eigene komplizierte Rhetorik im Weg. Dabei gibt es viele wichtige Themen, die erst von engagierten Bürgerinnen und Bürgern aufgeworfen wurden – zum Beispiel der Insektenrückgang.

Der WILA wird in diesem Jahr 34 – hat sich die Zivilgesellschaft in dieser Zeit verändert?

Die Zivilgesellschaft hat sich verändert und der WILA mit ihr. Das betrifft vor allem die Arbeit mit jüngeren Menschen, also Studierenden oder Auszubildenden. Die engagieren sich, entgegen mancher Aussagen, gerne und auch stark, aber eben nur für eine begrenzte Zeit. Sie sind räumlich und zeitlich viel flexibler, daher ist eine längere Bindung schwierig.

Welche Konsequenzen hat das für das WILA-Angebot?

Wir lernen und entwickeln uns stetig weiter.

Methoden und richtige Ansprache

Gibt es bestimmte Themen, die besser laufen?

Es geht nicht so sehr um die Themen, sondern um die Methoden und die richtige Ansprache. Wenn ich von Klimafolgenanpassung spreche, klingt das nicht sonderlich spannend. Wenn ich aber Beispiele bringe, die etwas mit dem Leben der jungen Menschen zu tun haben – etwa welche Folgen der Klimawandel für den Wasserstand des Rheins, den Schiffsverkehr oder den

Bringt „Natur in graue Zonen“: Dr. Anke Valentin



Wassersport dort haben kann –, dann wird es interessant.

Der WILA hat bis heute eine Vielzahl an Projekten durchgeführt – hatten oder haben Sie einen Favoriten?

Schwere Frage. Ich finde Projekte immer dann besonders gelungen, wenn der Wissenschaftstransfer zwischen Uni, zivilgesellschaftlichen Fachleuten und Praktikern gut funktioniert. Ein aktuelles Beispiel dafür ist das Projekt „Städtische Agrikultur – Innovation entwickeln“ (SAIN), wo wir die lokalen Aktivitäten zur Nahrungsmittelversorgung und das Wissen der beteiligten Bürgerinnen und Bürger bündeln, Technologien und Produktionsanlagen zugänglicher gestalten und die städtische Nahrungsmittelproduktion mit neuen Ideen voranbringen wollen. Das Ziel ist, im Idealfall, ein kreislauffähiges Gesamtsystem, und daran arbeiten Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Praktiker gleichermaßen engagiert. Ein anderes Beispiel ist das Klimaanpassungsprojekt „Stadt und Land im Fluss“ hier in Bonn, wo Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Zivilgesellschaft und Kommunalverwaltung gemeinsam leicht umsetzbare Ideen entwickeln, wie wir künftig mit den Auswirkungen des Klimawandels umgehen können.

Zum Schluss interessiert uns natürlich noch, wie Sie als Mitglied des Stiftungsrates die Arbeit unserer Stiftung sehen.

Da gibt es nicht zu meckern ... Nein, im Ernst und vor allem aus der Sicht einer Fördernehmerin: Besonders bemerkenswert ist die stets sehr gute und unaufgeregte Beratung auch bei komplizierteren Projekten oder Projektanträgen. Man wird nicht als Bittsteller gesehen, die Diskussionen finden auf Augenhöhe statt. Und angesichts der Vielzahl von geförderten Projekten bin ich immer wieder erstaunt, wie gut die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung auch über Details Bescheid wissen. Wenn ich etwa anrufe und beginne das Gespräch mit „Das Teilprojekt in Duisburg läuft gerade nicht so rund“, ist mein Gegenüber ohne weitere Nachfrage sofort im Bilde.

Unsere Stiftung hat bis heute sechs Projekte des WILA mit insgesamt rund 290.000 Euro gefördert.

➔ Weitere Informationen unter

www.wilabonn.de sowie in unserer Projektdatenbank unter U-3345, Z-5188, U-3501, Z-5270, U-3631 und U-3698

Viel Zustimmung, gute Anregungen

Ergebnisse der Stiftungsevaluation

Wie wirksam ist die Förderarbeit unserer Stiftung? Zu welchen Einschätzungen kommen Politik, Gremienmitglieder und geförderte Organisationen? Wie können wir unsere Arbeitsabläufe und Angebote optimieren? Diese Fragen standen im Zentrum einer Evaluation, die das Centrum für Evaluation (CEval GmbH, Saarbrücken) von Ende 2015 bis 2017 durchführte. Die Untersuchung bezog sich die Tätigkeit der Stiftung von 2008 bis 2015.

Die wichtigsten Datenquellen waren eine Online-Umfrage bei allen geförderten Organisationen, rund 60 Einzelinterviews (v. a. mit Projektträgern), eine Gruppendiskussion mit Eine-Welt-Promotoren und -Promotorinnen sowie vielfältige schriftliche Materialien der Stiftung. Nach Einschätzung des CEval waren bereits der hohe Rücklauf bei der Online-Befragung (59 Prozent aller Projektträger antworteten) und die differenzierten Beiträge während der Einzelinterviews ein Indiz für ein starkes Interesse an der Stiftungsarbeit.



Foto: Eine Welt Netz NRW

2008 war „Heiße Zeiten“ vom Eine Welt Netz NRW eines von 40 Projekten, deren Förderung bewilligt wurde. Die Förderungen betragen 2008 insgesamt rund 623.000 Euro.

Ergebnisse und Empfehlungen

Die Evaluatoren ermittelten eine hohe Zustimmung zur Stiftungsarbeit. Wichtige positive Aspekte bei der Gesamtauswertung waren:

- ➔ Beitrag zu Nachhaltigkeitszielen in NRW,
- ➔ Förderung trifft den Bedarf der Antragsteller,
- ➔ Stiftung stärkt bürgerschaftliches Engagement in NRW,
- ➔ engagierte und kompetente Gremien,
- ➔ hohe Qualität der Arbeit der Geschäftsstelle,
- ➔ gute Kommunikation und Zusammenarbeit mit der Stiftung.

Speziell die Projektträger bewerteten besonders positiv: die individuelle und hilfreiche Beratung, die hohe Förderquote, die Lernmöglichkeiten für Projektträger, die Förderung von Personalkosten und die Flexibilität bei Projektänderungen. Als Kritikpunkte wurden von ihnen vor allem genannt: Unklarheit bei Förderkriterien, wenig Förderung für die Umsetzung von Konzepten, keine längerfristige Förderung und ein hoher Aufwand bei den Verwendungsnachweisen.

Zusammenfassend schreibt das CEval: „Allgemein werden die Aktivitätsbereiche der Stiftung als wichtig und ihre Förderinstrumente als sehr wirksam bewertet. Schwerpunktsetzungen durch die Stiftung wünschen sich nur sehr wenige Stakeholder, eine aktive Themenvorgabe wird allgemein abgelehnt. Als künftige Herausforderungen werden u. a. die Frage der Förderdauer, die Vernetzung geförderter Projekte und eine stärkere Wirkungsorientierung diskutiert.“ Nach Einschätzung der Evaluatoren sollten mehr Projekte extern und wirkungsorientiert evaluiert werden, um einen besseren Einblick in die Wirksamkeit der Förderung zu erhalten.



Foto: The Global Experience

Im gesamten Jahr 2015, also am Ende der evaluierten Zeit, wurden 110 Projekte mit einer Gesamtfördersumme von rund 4,6 Millionen bewilligt, darunter das interkulturelle Projekt „Use your Voice“ von The Global Experience.

Was tun?

Unsere Gremien und die Geschäftsstelle haben sich intensiv mit den Evaluationsergebnissen befasst und überlegt, welche Schlüsse daraus zu ziehen sind. Für die Arbeit in den nächsten Jahren wurde als besonders wichtig definiert:

- ➔ Verstärkung der Wirkungsorientierung der geförderten Projekte;
- ➔ Verbesserung der Zugänglichkeit insbesondere für kleinere Projektträger;
- ➔ Erhöhung der Reichweite durch Transfer erfolgreicher Projektansätze;
- ➔ Erschließen neuer Zielgruppen, wie Menschen mit Einwanderungsgeschichte und bildungsbenachteiligte Gruppen;
- ➔ Schließen regionaler Lücken in der Förderung der Stiftung;
- ➔ Verbesserung der Bekanntheit der Stiftung und der geförderten Projekte im Land.

Die Geschäftsstelle hat im letzten Jahr begonnen, die Förderbedingungen zu überprüfen und zu überarbeiten. Ziel ist es, im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen die Förderbedingungen und die Rechenschaftslegung gegenüber der Stiftung transparenter und womöglich auch einfacher zu gestalten und damit insbesondere kleineren Organisationen die Arbeit zu erleichtern. Auch Kohärenz und Komplementarität mit anderen Fördermittelgebern sollen verbessert werden.

Inhaltlich stehen in nächster Zeit zwei Themen auf unserer Agenda. Zum einen die schulische Bildungsarbeit, die einen großen Teil der Förderung ausmacht. In Kooperation mit erfahrenen Projektträgern und externen Fachleuten sollen die bisherigen Erfahrungen ausgewertet, Gelingensbedingungen identifiziert und Projektträgern und Schulen zur Verfügung gestellt werden. Zum zweiten wollen wir verstärkt Menschen mit Einwanderungsgeschichte ansprechen. Hier gab es einige erfolgreiche Projektförderungen, jedoch spielt diese Gruppe bisher eine eher kleine Rolle. Die Stiftung will prüfen, wie mehr zugewanderte Menschen für Nachhaltigkeitsfragen gewonnen werden können.

Umgeblättert

Interessantes aus umwelt- und entwicklungspolitischen Zeitschriften



Es geht voran

Dass der Kampf gegen den Klimawandel – bei uns und weltweit – ein zähes Geschäft ist, liegt unter anderem auch am zögerlichen Ausstieg aus der Kohle. Kohle ist für rund 30 Prozent der weltweiten Primärenergie-Erzeugung verantwortlich, aus ihrer Nutzung resultieren mehr als 40 Prozent der globalen CO₂-Emissionen. Und theoretisch könnte uns dieser fossile Energieträger noch lange begleiten, schließlich sollen noch gewaltige Reserven weltweit in der Erde lagern.

Warum wir – trotz 2017 wieder gestiegene CO₂-Emissionen – trotzdem einigermaßen optimistisch in die Zukunft schauen dürfen, erfahren wir im Hauptartikel der aktuellen Ausgabe des Magazins **natur**. Denn auf der ganzen Welt boomen die erneuerbaren Energien, und sie sind mancherorts, wie etwa der Solarstrom in Indien oder Mexiko, deutlich wirtschaftlicher als ihre fossilen Konkurrenten. Und auch bei uns wird Strom aus Wind und Sonne immer günstiger, fossile Kraftwerke hingegen immer teurer. Das Heft präsentiert auch Beispiele aus Deutschland, die Mut machen, zum Beispiel das Votum der Münchner Bevölkerung für das Abschalten des einzigen Steinkohlekraftwerks der Stadt oder die Weiterentwicklung kommunaler Klärwerke zu Stromlieferanten.

natur wird monatlich von der Konradin-Mediengruppe herausgegeben. Reportagen über die Schönheiten der Natur haben ebenso Platz in dem Heft wie Analysen über wirtschaftliche oder politische Einflüsse oder Porträts von Menschen und Initiativen, die sich dem Erhalt der biologischen Vielfalt widmen.

→ Weitere Informationen unter www.natur.de



Zwischen alter und neuer Heimat

„Diaspora: Zu Hause in zwei Ländern“: Dieses Thema bildet den Schwerpunkt der Februar-Ausgabe der Zeitschrift **welt-sichten**. Fünf Artikel behandeln die Situation von Ausgewanderten und die verschiedenen Rollen, die sie spielen, zum Beispiel als wichtiger Geldgeber für die Verwandtschaft, manchmal auch für ganze Orte im Herkunftsland: Die Rücküberweisungen übersteigen inzwischen die Höhe der Entwicklungsgelder der gesamten Geberländer. Ein anderes Thema sind die vereinfachten Verbindungen zwischen Migranten und der Heimat durch moderne Kommunikationsmedien. Sie ermöglichen nicht nur intensivere persönliche Kontakte, sondern stärken oft auch den politischen Einfluss von Diasporagruppen auf das Herkunftsland, und umgekehrt nutzen Regierungen ihre Landsleute im Ausland als Brückenkopf. Die Türkei ist hier ein Beispiel. Das Verhältnis von Zugewanderten untereinander und zur Mehrheitsgesellschaft sind weitere Themen des interessanten Schwerpunkts.

Die **welt-sichten** verstehen sich als „Magazin für Globale Entwicklung und Ökumenische Zusammenarbeit“. Sie werden herausgegeben vom Verein zur Förderung der entwicklungspolitischen Publizistik e. V., dem kirchliche Entwicklungswerke aus Deutschland und der Schweiz angehören. Das Themenspektrum reicht von Weltwirtschaft und Entwicklungspolitik über Klimawandel und Umweltschutz bis zu Friedensfragen und zur Rolle der Kirchen und Religionen.

→ Weitere Informationen unter www.welt-sichten.org



1968: ein Blick zurück

„Die 2018 zu erwartenden medialen Rückblicke auf 1968 werden vor allem die Ereignisse in Westeuropa und Nordamerika thematisieren. (...) Doch wird dabei allzu oft übersehen, dass studentische Proteste und die davon ausgehenden Entwicklungen viele Länder auf allen Kontinenten prägten.“ So heißt es im Editorial der Januarausgabe der Zeitschrift **iz3w** (Informationszentrum 3. Welt). Sie lenkt den Blick auf Länder in Afrika, Asien und Südamerika, etwa auf Uruguay, Japan, den Kongo oder die Philippinen. Allerdings hatten die Protestbewegungen durchaus unterschiedliche Ursachen, Ausprägungen und Folgen. So warnt der kürzlich verstorbene Historiker Arif Dirlik in einem Beitrag davor, die Gemeinsamkeiten zu überschätzen. Ein weiteres Thema des Heftes ist die Frage, warum gerade die antikolonialen Bewegungen der „Dritten Welt“ so bedeutend für die Aufbrüche von 1968 waren.

Auf 50 Jahre kann auch das **iz3w** selber zurückblicken: Im Frühjahr 1968 gründeten Studierende in Freiburg die Aktion Dritte Welt (ADW), um die ungerechten Verhältnisse auf der Welt zu verändern. Die ADW wurde zum Trägerverein des **iz3w**, 1970 erschien die erste Ausgabe der „Blätter des **iz3w**“, eine zusammengeheftete Sammlung von Blättern. Zum Jubiläum der ADW entstand jetzt eine „Politische Chronik“, die interessante Einblicke gewährt in die Geschichte der Organisation, die Entwicklung des studentischen Protests und die politischen Reaktionen.

→ Weitere Informationen und Chronik (PDF) unter www.iz3w.org

... dem Weltgarten des Eine Welt Netz?



Fotos: Eine Welt Netz NRW

Bei der Eröffnung des Weltgartens im Kölner Zoo waren im April 2011 auch die Darsteller der Kölner „Tatort-Kommissare“ Dietmar Bär und Klaus J. Behrendt dabei.

Die Hipporoller im Weltgarten stammen aus einem Projekt für bessere Wasserversorgung in Südafrika. Mit ihnen wird über den Verbrauch und Schutz der Ressource Wasser informiert.

Eine multimediale Ausstellung zum Thema „Globale Nachhaltigkeit“, die von 2005 bis heute von mehr als drei Millionen Menschen besucht wurde? Gibt es nicht? Doch, nämlich den Weltgarten des Eine Welt Netz NRW: ein weithin sichtbares Kuppelzelt mit einer bunten Sammlung von Mitmach-Stationen, etwa die „Geldusche“ oder der „Lebens-Kompass“, der anregt, über einen Kurswechsel beim eigenen Lebensstil nachzudenken. Der Weltgarten hatte seine Premiere 2005 bei der Landesgartenschau in Leverkusen. Es folgten weitere – teils mehrfache – Stationen in Münster, Düsseldorf, Bielefeld und Köln. Die Ausstellung wurde im Lauf der Jahre mehrmals aktualisiert und auch an neuen Schwerpunktthemen ausgerichtet.

„An den ersten Weltgarten von 2005 erinnern heute vor allem noch das weiße Kuppelzelt und einige Lernstationen des ersten Jahres wie das ‚Globalium‘, aus dem man wie aus einem Brunnen Antworten zu Fragen rund um die Globalisierung angeln kann“, so Manfred Belle vom Eine Welt Netz NRW. Und was ist so besonders am Weltgarten? „Das große Zelt erregt Aufmerksamkeit und die Ausstellung aktiviert die Besucher“, sagt Manfred Belle und nennt mehrere wichtige Punkte. Passives Herumstehen vor Ausstellungstafeln sollte die Ausnahme sein. Ausstellungen müssten viel-

mehr Fragen aufwerfen und den Mut haben, auf allzu einfache Antworten zu verzichten, so Belle: „Sie dürfen die Besucher nicht mit dem Elend der Welt bombardieren und ihnen auch nicht mit den guten Taten edler Aktivisten auf die Nerven gehen.“

Der Weltgarten zeige hingegen, wie entwicklungspolitische Ausstellungen auf zeitgemäße Weise ein großes Publikum ansprechen können. Wichtig sei auch, dass die Ausstellung an Orten präsentiert werde, die von vielen Menschen mit Muße besucht werden: „Deshalb nutzen wir als Standorte gerne Zoos oder Landesgartenschauen.“ Ein weiterer Pluspunkt: Der Weltgarten biete eine gastfreundliche und offene Atmosphäre und werde daher gerne von lokalen NRO zur Vorstellung der eigenen Arbeit genutzt.

Wie gut das funktioniert, zeigt ein Rückblick auf das Jahr 2011. Damals besuchten rund 530.000 Personen den Weltgarten im Kölner Zoo. 24 Gruppen buchten allgemeine Führungen, weitere 29 Gruppen spezielle Führungen für Schulklassen mit 640 Schülern und 57 Pädagogen. Von den Eine-Welt-, Umwelt-, Menschenrechts- und Migrationsgruppen aus dem Raum Köln-Bonn-Leverkusen präsentierten sich 28 Gruppen jeweils für eine Woche im Weltgarten. 170 Ehrenamtliche unterstützten

den Weltgarten regelmäßig, und der Weltladen Köln übernahm die Ausstattung und Betreuung des „Weltladen-Regals“ mit Verkauf von fair gehandelten Produkten und Ausschank von Kaffee, Tee und Saft aus fairem Handel.

Heute ist der Weltgarten überall in Deutschland unterwegs. Die nächste Station ist ab dem 27. April 2018 der Tierpark im niedersächsischen Nordhorn. Für das Jahr 2019 ist ein Gastspiel in der Bundesgartenschau in Heilbronn in Baden-Württemberg geplant und für das Jahr 2020 wird momentan überlegt, den Weltgarten in NRW bei der Landesgartenschau in Kamp-Lintfort zu zeigen. Auch dort wird es wieder begeisterte Besucherinnen und Besucher geben, wie jene, die sich 2015 im Allwetterzoo Münster im Gästebuch des Weltgartens verewigt haben: „Ihr seid toll! Eure Motivation und Inspiration springt über! Macht unbedingt weiter!“

Unsere Stiftung hat den Weltgarten seit 2004 mit insgesamt rund 500.000 Euro gefördert.

➔ Weitere Informationen unter <https://eine-welt-netz-nrw.de/ausstellungen/weltgarten/> sowie in unserer Projektdatenbank unter E-4216, E-4441, Z-5099, Z-5113 und E-4833



Foto: K. Bausemas

Das Grüne Klassenzimmer während der Landesgartenschau 2017 in Bad Lippspringe war sehr gut besucht: An rund 820 Kursen und 20 Aktionstagen nahmen mehr als 16.000 Personen teil, deutlich mehr als erwartet. Und es besteht weiter großes Interesse an diesen besonderen Bildungsangeboten. Deshalb wird das Grüne Klassenzimmer 2018 auf dem Gelände der Gartenschau fortgesetzt, wieder in Kooperation mit Natur- und Umweltorganisationen und noch einmal von unserer Stiftung gefördert. (s. u., U-3772)

Neu bewilligte Projekte

16. November 2017 bis 15. Februar 2018 | Fördervolumen: 377.694 €

Sie finden hier Kurzinformationen zu den Projekten, ihrer Dauer, der Fördersumme und zum Förderbereich (E = Entwicklung, I = Interkultur, O = Organisationsentwicklung, U = Umwelt, Z = übergreifende Themen).

→ Weitere Informationen in der Projektdatenbank auf unserer Internetseite www.sue-nrw.de

Jahrestagung erlassjahr.de erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldigung e. V. Tagung zu aktuellen und historischen Entwicklungen im Bereich internationale Verschuldung	20.10.2017–20.1.2018 E-4983 4.003 €	Umweltbildung für alle – Inklusion inklusive! NABU Kreisverband Kleve e. V. Inklusiv geprägte Umweltbildungsaktivitäten im Park einer Wohn- und Arbeitseinrichtung für Menschen mit Behinderung; Initiierung weiterer inklusiver Veranstaltungen in privaten und öffentlichen Gärten und Parks	1.3.2018–31.8.2020 U-3748 33.840 €
Besuch einer Partnergemeinde Katholische Kirchengemeinde St. Georg Saerbeck Veranstaltungen, u. a. in Schulen, mit den Gästen aus der Partnergemeinde in Ghana, um Informationen zu vermitteln und den interkulturellen Austausch zu fördern	1.12.2017–30.6.2018 E-4986 3.250 €	Grünes Klassenzimmer auf der Gartenschau Gartenschau Bad Lippspringe GmbH Weiterführung des Grünen Klassenzimmers der Landesgartenschau 2017 in Bad Lippspringe; es werden rund 350 Kurse angeboten, u. a. zum Thema Wald- und Sennelandchaft	15.2.2018–31.12.2018 U-3772 76.460 €
Miteinander statt nebeneinander Forum Ziviler Friedensdienst e. V. Erstellung einer Broschüre mit Unterrichtsleitungen zu den Themen Flucht, Integration und Dialog	1.2.2018–30.4.2018 E-4992 6.470 €	Verschwendung stoppen! Förderverein NaturGut Ophoven e. V. Im „BioBistro“ des Naturguts soll eine Installation über Lebensmittelverschwendung informieren; außerdem Beratung von Restaurants zur Reduzierung der Verschwendung	1.2.2018–31.7.2018 U-3777 4.933 €
Land und Autonomie – Kolumbien Zwischenzeit e. V. Erstellung einer Broschüre zur Geschichte und Gegenwart einer indigenen Organisation im kolumbianischen Cauca, die sich für mehr soziale Gerechtigkeit und eine nachhaltige Ressourcen- und Landnutzung einsetzt	1.2.2018–30.9.2018 E-4996 5.000 €	Die Kunst vernetzt zu denken – Systemkompetenz stärken OroVerde – Die Tropenwaldstiftung Entwicklung und Erprobung von Methoden, um junge Menschen zu befähigen, nachhaltige ökologische, ökonomische oder soziale Veränderungen anzustoßen und zu begleiten.	1.6.2018–31.3.2020 Z-5401 95.000 €
Geflüchtete als Vermittler*innen von Erfahrungen und Wissen Netzwerk politikatelier e. V. Ausbildung von Geflüchteten zu interkulturellen entwicklungs-politischen Referentinnen und Referenten; Ausweitung des Bonner Pilotprojekts auf Düsseldorf, Köln und Münster	10.2.2018–10.2.2019 I-6149 64.710 €	Von Fast Fashion zu Fair Fashion Christliche Initiative Romero e. V. Bildungs- und Informationskampagne zu den wahren Kosten der Wegwerfmode und zu nachhaltigen Alternativen, um Verbraucher und öffentliche Verwaltungen zu einem veränderten Kaufverhalten zu motivieren	1.1.2018–30.9.2020 Z-5410 44.325 €
Neuer Name, neuer Auftritt Freundeskreis Zentralamerika e. V. Zum neuen Namen „Freundeskreis Guatemala“ werden ein Corporate Design und entsprechende Materialien, ein Infostand und eine Website entwickelt	1.1.2018–30.6.2019 O-2340 10.000 €	Großunternehmen und Sustainable Development Goals Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre e. V. Recherchen, Veranstaltungen und Beiträge bei Aktionärs-versammlungen zu SDGs und börsennotierten Großunternehmen in NRW, insbesondere zu deren Energieversorgung und Klimaschutz-verhalten	15.2.2018–15.2.2019 Z-5411 24.762 €
Umwandlung der Zeitschrift „südostasien“ Verein für entwicklungsbezogene Bildung zu Südostasien e. V. Die Printpublikation „südostasien“ wird in ein Open-Access-Internetportal umgewandelt	1.1.2018–31.5.2018 O-2341 4.941 €		

Workshops der Stiftung 2018 Von Antrag bis Abrechnung

Ist meine Organisation antragsberechtigt? Welche Informationen muss der Förderantrag enthalten? Wie mache ich eine Projektabrechnung? Diese und weitere Fragen beantworten wir Ihnen in unseren Workshops.

Die nächsten finden an folgenden Terminen statt: **17. Mai, 18. September und 4. Dezember.** Die Veranstaltungen finden in den Räumen unserer Stiftung statt und dauern von 10 bis 17 Uhr. Melden Sie sich frühzeitig an, denn die Workshops sind oft ausgebucht.

➔ Bitte senden Sie Ihre Anmeldung mit den kompletten Kontaktdaten Ihrer Organisation per Post oder Fax an uns oder per E-Mail an marion.ostermann@sue-nrw.de. Ihre Anmeldung ist erst mit schriftlicher Bestätigung gültig. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, die Teilnahme ist kostenfrei.



Bericht Ackern schafft Wirkung

Seit 2014 bietet der Verein Ackerdemia die GemüseAckerdemie an, ein Bildungsprogramm für Schulen und Kindertagesstätten, das in NRW durch unsere Stiftung mit rund 135.000 Euro gefördert wurde. Im Februar 2018 erschien der Wirkungsbericht für das Jahr 2017. Basis ist eine in Kooperation mit wissenschaftlichen Partnern durchgeführte Analyse, bei der verschiedene Erhebungsmethoden verwendet wurden. Der 80-seitige Bericht ist nicht nur als Information zum Programm interessant, sondern bietet vielfältige Erkenntnisse und Anregungen für Organisationen, die im Bereich Natur und Ernährung Bildungsprojekte mit Schulen oder Kitas planen. Darüber hinaus ist er ein gutes Beispiel für Wirkungsanalysen und – last but not least – auch optisch ein Vergnügen, mit interessanten, schön aufgemachten, manchmal auch witzigen Grafiken und insgesamt einem gelungenen Layout.

➔ Download unter www.gemueseackerdemie.de



Minister Holthoff-Pförtner präsentierte das Kinderbuch in der Düsseldorfer Fairtrade-Schule Höhenstraße.

Kinderbuch 17 Ziele für unsere Welt

Die Landesregierung NRW hat ein besonderes Buch herausgegeben, das Kinderbuch „Agenda 2030 – 17 Ziele für unsere Welt“. Auf 48 Seiten mit vielen Illustrationen erklärt es anschaulich die 17 Entwicklungsziele und was sie mit unserem Alltag zu tun haben. Das Buch richtet sich

an Kinder im Grundschulalter und in der Sekundarstufe 1. Der Text stammt von Petra Klose, die Bilder zeichnete Alexander von Knorre.

„Das Buch liefert Informationen zur aktuellen Situation in Deutschland und vielen anderen Ländern der Welt und macht Vorschläge, was auch Kinder tun können, um für mehr Gerechtigkeit zu sorgen“, so Stephan Holthoff-Pförtner, NRW-Minister für Europa und Internationales, bei der Vorstellung des Buches. Der Fußballprofi Neven Subotic unterstützt das Projekt, er engagiert sich besonders für das Ziel 6, „Sauberes Wasser und Sanitärversorgung“.

➔ Schulklassen und Privatpersonen können das Buch kostenlos bestellen bei den Gemeinnützigen Werkstätten Neuss, per Mail an pixi@gwn-neuss.de.



Broschüre Agenda 2030 und die Finanzierung

Das Global Policy Forum erläutert in der Publikation „Agenda 2030, Nachhaltigkeitsziele und Haushaltspolitik“, welche Rolle der deutsche Staatsetat bei der Erreichung der Nachhaltigkeitsziele spielt. Bundesregierung, Bundestag und zivilgesellschaftliche Organisationen haben Verantwortlichkeiten und unterschiedliche Einflussmöglichkeiten, um den Bundeshaushalt „SDG-konform“ zu machen. Im Verlauf der verschiedenen Phasen des Budgetzyklus gibt es für sie eine Vielzahl von Handlungs- und Interventionsmöglichkeiten, die sie stärker als bisher nutzen sollten.

Das 56-seitige Arbeitspapier und eine Kurzversion entstanden im Rahmen des dreijährigen Projekts „2030.de“, das von unserer Stiftung bis 2019 mit rund 100.000 Euro gefördert wird.

➔ Download und Bestellung unter www.2030agenda.de

Impressum

Ausgabe April 2018 | ISSN 2196-9507



Kaiser-Friedrich-Straße 13, 53113 Bonn
Telefon 0228.24 33 50, Fax 0228.24 33 522
info@sue-nrw.de
www.sue-nrw.de

V.i.S.d.P. Christiane Overkamp
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Auffassung der Stiftung wieder.
Redaktion: Bernd Pieper, Christel Schwiederski
Gestaltung: art_work_buero, Köln
Druck: Druckerei Gebr. Molberg GmbH, Bonn
Titelfoto: Martin Schroeder, picture alliance/chromorange



Mit der Ausgleichszahlung für die CO₂-Emission wird ein Energieeffizienz-Projekt in Nordrhein-Westfalen unterstützt. Gedruckt auf Inapa Oxygen silk, aus 100 % Altpapier

Auf Wunsch verschicken wir die „Resultate“ auch per E-Mail als PDF-Datei. Bitte schicken Sie dazu – oder auch bei einer Abbestellung – eine E-Mail an info@sue-nrw.de